

Mitbestimmung in unserer arbeitsteiligen Leistungsgesellschaft

HEINZ-DIETRICH ORTLIEB

Es ist sicherlich reichlich gewagt, ein so vielschichtiges und mit emotionalen Voreingenommenheiten belastetes Thema wie mein heutiges in einem einzelnen Vortrag behandeln zu wollen; zumal es sich ja eigentlich um ein Doppelt-hema handelt, wenn man sich gleichzeitig mit der Problematik von Leistungsgesellschaft und Mitbestimmung beschäftigen will und von Ihnen wohl kaum eine verbindliche, rein akademische Erörterung, sondern ein Bezug zur gegenwärtigen Situation erwartet wird, was nicht heißen soll, daß ich im konventionellen Sinne „verbindlich“ bleiben werde.

Da Beschränkung unvermeidlich ist, werde ich mich auf das konzentrieren, was m. E. im Streit um Einzelheiten, um handfeste Machtinteressen oder ideologische Grundpositionen allzusehr vernachlässigt worden ist. Ich meine damit nicht etwa die Frage, ob Mitbestimmung von einem gewissen Ausmaß an mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Diese Frage scheint mir im Hinblick auf die immer vorhandenen Interpretationsmöglichkeiten ziemlich müßig; abgesehen davon, daß ein Grundgesetz nicht für die Ewigkeit ist und geändert werden müßte, wenn anders dringende Notwendigkeiten nicht realisiert werden könnten. Aber es ist eben die Frage, ob Mitbestimmung zur Zeit etwas Notwendiges, d. h. die Notwendiges, ist, oder ob nicht gerade sie im nächsten Jahrzehnt uns in noch größere Nöte bringen muß und sich damit selbst ad absurdum führt.

Meine Frage ist: Wohin führt die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte im Zuge der gegenwärtigen Zeitströmung? Denn auch und vor allem dann, wenn man wie ich der Ansicht ist, daß eine Idee wie die Mitbestimmung zukunfts-wendende Bedeutung haben könnte, muß man nach den zeitgegebenen Bedingungen ihrer Wirksamkeit, muß man nach dem Kairos fragen, danach, ob die Zeit für die Realisierung einer solchen Idee erfüllt ist.

Um vorweg anzudeuten, worum es mir in meinem Vortrag gehen wird, möchte ich mein Thema in einen Ober- und Untertitel umformulieren. Sie lauten:

Mitbestimmung in unserer arbeitsteiligen Leistungsgesellschaft — die Realisierungschancen der Mitbestimmung unter dem Einfluß des anarchistischen Zeitgeistes.

I. Erfahrungen und Voraussetzungen

Bereits in den ersten Nachkriegsjahren kündigte sich in unserer Bundesrepublik als Reaktion auf die Erfahrungen mit dem Kapitalismus und mit den totalitären Systemen des Kommunismus und des Faschismus der Mitbestimmungsgedanke

als die zur Vorherrschaft drängende Idee unseres Jahrhunderts erneut an. Dieser Gedanke war bereits in der Weimarer Zeit von den Gewerkschaften unter dem Schlagwort „Wirtschaftsdemokratie“ proklamiert worden. Damit setzte sich die abendländische Tradition fort, die schon vor Jahrhunderten begonnen hatte und mit den Forderungen nach individuellen Freiheitsrechten zunächst mit der Reformation, später mit der Aufklärung und schließlich im 19. Jahrhundert mit dem Wirtschaftsliberalismus und Marxismus ein individualistisches Zeitalter heraufführen sollte.

„Ordnung ohne Herrschaft“ ist das Idealbild gewesen, das die Freiheitsbewegung der abendländischen Neuzeit trug und von ihr getragen wurde. Sie war im 19. Jahrhundert die große Hoffnung sowohl des klassischen Wirtschaftsliberalismus wie des Marxismus. Inzwischen ist sie längst als Utopie erkannt worden, der die Wandlungsgesetze unserer großorganisierten arbeitsteiligen Wirtschaftsgesellschaft zuwiderlaufen. Denn weder ist die atomistische Konkurrenz von machtlosen Kleinstbetrieben in einer Marktwirtschaft herstellbar, noch führt ein sich selbst überlassener Marktmechanismus zu bestmöglichen sozialen Ergebnissen. Aber ebensowenig ist eine „klassenlose Gesellschaft“ nach marxistischem Muster möglich, in der Entscheidungsmacht überflüssig wird oder deshalb nicht mißbraucht werden kann, weil alle Menschen fähig sind, jede mit Macht ausgestattete Funktion abwechselnd auszuüben.

Aber wenn „Ordnung ohne Herrschaft“ auch als Utopie erkannt werden muß, so kann sie doch insoweit Leitbild für die Umgestaltung unserer modernen Gesellschaft bleiben, als die Selbstkontrolle der Menschen, ihre Beteiligung an der Gestaltung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse und an den Aufgaben der Koordinierung in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiviert und die Befähigung der Menschen zu solchen Aufgaben sozialer Kooperation verbessert werden sollte, wo und wie es nur irgend möglich ist. Denn nur auf diese Weise läßt sich individuelle Freiheit in einer Wirtschaftsgesellschaft erhalten, in der im Zuge des Spezialisierungsprozesses und des technischen Fortschritts die Abhängigkeiten der Menschen voneinander und die existentielle Notwendigkeit ausreichender Zusammenarbeit mit dem Schwierigkeitsgrad der Ordnungsaufgabe ständig wächst.

Im Lichte solcher Überlegungen muß jedem, dem die Erhaltung individueller Freiheitsrechte für alle am Herzen liegt, das Mitbestimmungsrecht als eines der bedeutungsvollsten gesellschaftlichen Experimente unseres Jahrhunderts erscheinen. Eine andere Frage ist allerdings, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Hinsicht dieses Experiment funktionieren kann und ob diese Voraussetzungen gerade in unserer Zeit in ausreichendem Maße gegeben sein werden. Denn man darf nicht übersehen, daß der utopisch emotionalisierende Gehalt dieser Idee ein doppeltes Gesicht trägt: Insofern er Ansporn zum Engagement sein kann, fördert er die Möglichkeit des Gelingens; soweit er illusionärer Natur ist, kann er Vorwand für etwas ganz anderes und damit Ursache des totalen Scheiterns an sich selbst werden.

Nun ist die Gefahr des Scheiterns bei der Mitbestimmung dadurch besonders groß geworden, daß die Entwicklung in unserer Bundesrepublik in den letzten 25 Jahren zunehmend an das Märchen vom Fischer und seiner Frau erinnert. Bei uns verhalten sich die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wie die immer reicher werdende Frau im Märchen; sie wollen immer mehr und schließlich etwas, was alles bereits Erreichte wieder in Frage stellen kann. Und unsere politische und wirtschaftliche Führung verhielt sich bisher überwiegend wie der Fischer, der wider besseres Wissen allen Forderungen doch schließlich nachgibt, um Ruhe im Haus zu haben. Bei einer solchen Haltung besteht die Gefahr, daß die Mitbestimmung nicht als Mitverantwortung aufgefaßt, sondern von jedem nur als Recht verstanden wird, in noch stärkerem Umfang als bisher seinen persönlichen Vorteil wahrzunehmen, indem er es sich so bequem wie möglich macht.

Vor einiger Zeit hat der jetzige Bundeskanzler Helmut Schmidt in bezug auf die Mitbestimmung gesagt: „Wer etwas verantworten will, muß auch die Chance erhalten, Fehler zu machen und an seinen Fehlern zu leiden!“ Er wollte damit wohl zum Ausdruck bringen: Verantwortung tragen heißt auch, die Nachteile auf sich zu nehmen, welche Fehlentscheidungen mit sich bringen. — Wer will aber heute noch Nachteile auf sich nehmen? — Im übrigen ist es gerade die Eigentümlichkeit unserer arbeitsteiligen Gesellschaft, daß wir Menschen von unseren Fehlhandlungen nicht mehr in erster Linie selbst betroffen werden, sondern daß die Folgen überwiegend andere tragen.

Wenn z. B. in Unternehmungen und Behörden, in Krankenhäusern und Altersheimen, in Schulen und Hochschulen sich die Leistungen der dort Tätigen verringern oder verschlechtern, werden nicht in erster Linie diese selbst, sondern weit mehr diejenigen Bürger, welche die Leistungen dieser Einrichtungen direkt oder indirekt in Anspruch nehmen, geschädigt. Die „Lebensqualität“ der einzelnen, um ein vor kurzem noch modisches Wort zu gebrauchen, hängt also weit weniger von der eigenen Leistungsfähigkeit und -willigkeit ab als vom Verhalten der Mitmenschen. Jeder bekommt den Freiheitsmißbrauch des anderen — wozu nicht nur der Machtmißbrauch der Stärkeren, sondern jede Art von Schmarotzertum zu rechnen ist — mehr oder weniger mittelbar zu spüren und kann selbst gewöhnlich wenig dagegen unternehmen. Deshalb lebt eine arbeitsteilige Gesellschaft davon, daß die Grenzmoral der Schmarotzer für diese selbst Nachteile zur Folge hat und nicht ständig noch prämiert wird. Andernfalls wird die Grenzmoral vorherrschend und leitet einen Zerfall der Gesellschaft ein.

Freiheit versteht sich in einer arbeitsteiligen Gesellschaft wie der unseren nicht von selbst.

Aus diesem Grunde kommt keine Gruppe und keine Institution, die gesellschaftliche Funktionen zu erfüllen hat, ohne eine gewisse Kontrolle von oben oder außen aus. Gerade das geht aber nicht auf dem Wege der Mitbestimmung,

welche ihrem Sinn gemäß Selbstkontrolle oder gegenseitige Kontrolle der unmittelbar Beteiligten sein soll. Fremdkontrolle ist als Ergänzung unerlässlich. Sie wird heute jedoch allerorts von vornherein durch das Wort „Fremdbestimmung“ diffamiert.

Die Gefahr, daß über das Recht der Mitbestimmung die Pflicht der Mitverantwortung vergessen wird, ist natürlich nicht in jedem Fall gleich groß. Man könnte darauf verweisen, daß heute in der Privatwirtschaft immer noch ein gewisser Zwang zur Mitverantwortung gegeben ist. Denn eine Unternehmung, die ihre gesellschaftlichen Produktions- und Leistungsfunktionen nicht erfüllt, geht früher oder später als Grenzproduzent, d. h. als am teuersten Leistungen Bereitstellende, zugrunde, und ihre Belegschaft wird arbeitslos. Das macht die Mitbestimmung in den privaten Unternehmungen, die unter Kostendeckungs- und Rentabilitätszwang stehen, auch weniger problematisch als anderswo, etwa in Behörden, Schulen oder auch in kommunalen Betrieben, wenn diese zum Nulltarif tendieren und dann unvermeidlich nicht auf Kostendeckung festgelegt sein können. Doch gilt dieser Vorzug der Privatwirtschaft nur in dem Umfang, in dem dort noch ernsthaft mit der Möglichkeit von Absatzschwierigkeiten und Arbeitslosigkeit gerechnet wird. Gilt es erst einmal bei ständiger Überbeschäftigung und schleichender oder trabender Inflation als ziemlich sicher, daß innerbetriebliche Kostensteigerungen ohne Absatzrisiko auf die Preise abgewälzt werden können, und können die meisten arbeitslos werdenden noch damit rechnen, ohne Schwierigkeiten einen anderen Arbeitsplatz zu finden, so hört auch in der Privatwirtschaft der Zwang zum verantwortungsvollen Handeln auf. Er muß durch Freiwilligkeit ersetzt werden, und die dafür erforderliche Einstellung der Beteiligten muß vorhanden sein.

Problematischer ist, wie gesagt, noch die Situation in öffentlichen Betrieben und Behörden, wo der Staat für auftretende Defizite aufkommt oder überhaupt keine Defizite erkennbar werden. Dort hat die Leitung keinen zwingenden Grund, einem kostensteigernden Mißbrauch der Mitbestimmung den eigentlich erforderlichen Widerstand entgegenzusetzen, sofern sie überhaupt noch die dafür erforderliche Entscheidungsmacht besitzt. Es ist nicht zufällig, daß z. B. in Italien manche gleiche Tätigkeit in Behörden und staatlichen Unternehmen sehr beträchtlich höher als in privaten entlohnt wird. Das hat allerdings dort nichts mit Mitbestimmung der Arbeitnehmer, sondern mit dem mangelhaften Widerstand der leitenden Instanzen zu tun. Doch kann man unter dem pseudomoralischen Druck einer antiautoritären Zeitstimmung immer weniger mit solchen Widerständen selbst dort rechnen, wo ausreichende Entscheidungsmacht noch vorhanden ist.

Hier wird deutlich, daß bei der gegenwärtigen Mitbestimmungsdiskussion unter dem Einfluß unserer allzusehr auf „Selbstverwirklichung“ abgestellten anarchistischen Zeitströmung im Zuge machtpolitischer Polarisierungen das entscheidende Problem übersehen wird. Man vernachlässigt bei der Zusammensetzung der Aufsichtsräte, daß es in erster Linie darum gehen sollte, wie es mit

den Machtverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital bestellt ist. Das wichtigste ist vielmehr, wer im Aufsichtsrat als dritter Faktor ausreichend das öffentliche Interesse wahrzunehmen hat. Durch einen solchen dritten Faktor, der bisher durch den elften Mann viel zu schwach vertreten war, wenn er überhaupt solche Funktionen wahrnahm, müßte die notwendige Fremdkontrolle in die Mitbestimmung eingebaut sein, welche den Gedanken der Verantwortung für das Gemeinwohl ständig zu aktivieren hätte.

Auch dies hat allerdings eine Voraussetzung, nämlich die, daß man die für eine solche Funktion geeigneten Persönlichkeiten finden kann und sie auch verwendet. Auch das wird in einer Gesellschaft immer schwieriger, sobald die politischen Polarisierungen und eine dementsprechende Ideologisierung der Geister zunehmen.

Man könnte nun darauf verweisen, daß wir in der Bundesrepublik seit über 20 Jahren Erfahrungen mit der Mitbestimmung gesammelt haben, die m. E. eher positiv als negativ bewertet werden müssen. Auf jeden Fall hat sie Wachstum und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft nicht sichtbar behindert. Das hat aber nicht daran gelegen, daß die Arbeitnehmer den Mitbestimmungsgedanken richtig als Mitverantwortung verstanden und auch praktiziert haben. Leider ist ja die Diskussion um Mitbestimmung zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgebern von Anfang an weit mehr als Machtkampf auf Abbau sogenannter autoritärer Herrschaft als auf Mitverantwortung der Arbeitnehmer hin geführt worden. Allzusehr empfanden viele Arbeitgeber die Mitbestimmung als Störungsfaktor für liebgewordene Gepflogenheiten eines veralteten Führungsstils. Sie bemühten sich daher nur unzulänglich und zu spät darum, von sich aus den Mitbestimmungsgedanken ins Konstruktive zu wenden, indem sie ihre Arbeitnehmer soweit wie möglich als Mitarbeiter, auch in die Führungsaufgaben oder in deren Vorbereitung durch Delegation der Verantwortung mit einbezogen. Gerade an ihrem eigenen Arbeitsplatz ist das Interesse der Arbeitnehmer an Mitbestimmung als Mitverantwortung noch am leichtesten zu aktivieren.

Andererseits war es für die Gewerkschaften als die Hauptinitiatoren und Träger dieser Idee schwierig, die Arbeitnehmerschaft unter der euphorischen Wirkung der Wirtschaftswunderjahre für eine sachgerechte Ausnutzung der bereits institutionell gegebenen Möglichkeiten der Mitbestimmung zu interessieren. Die Mehrheit der Arbeitnehmer zeigte sich noch bis in die Gegenwart hinein, was Meinungsbefragungen immer wieder erkennen ließen, weit mehr an Beschäftigung, Lohnsteigerung und Preisstabilität als an Mitbestimmung interessiert. blieb die Praxis der Mitbestimmung daher weitgehend den Gewerkschaftsfunktionären überlassen, so hat sie zunächst nicht in schlechten Händen gelegen. Von einem Machtmißbrauch der dadurch zusätzlich gewonnenen Gewerkschaftsmacht konnte bisher jedenfalls keine Rede sein, wenn auch das neuerlich massive Pochen der Gewerkschaften, ihre Forderungen auf erweiterte

Mitbestimmung auf Gedeih und Verderb durchsetzen zu wollen, für die Zukunft mehr als skeptisch stimmen muß.

Jedenfalls hat die Mitbestimmung in den fünfziger und sechziger Jahren viel besser funktioniert, als ihre Gegner vorausgesagt hatten. Das lag aber nicht zuletzt daran, daß die Mitbestimmungsinstanzen (z. B. gemischte Aufsichtsräte, Arbeitsdirektoren, Betriebsräte) weder durch übertriebenen Gruppenegoismus ihrer Belegschaft noch durch linke Ideologen irritiert wurden. Vielleicht darf man sogar vermuten, daß in den letzten beiden Jahrzehnten im Gegensatz zu anderen westlichen Ländern in der Bundesrepublik die Mitbestimmung dazu beitrug, Streiks zu vermindern. Doch ein größeres Verantwortungsgefühl in Gestalt eines sachgerechten Interessiert- und Beteiligtseins der Arbeitnehmer an dem inner- und überbetrieblichen Geschehen hat sich generell bisher kaum entwickeln können.

II. Die Wirkungen der anarchistischen Zeitströmung

Die Chance, daß so etwas wie ein verantwortungsbewußtes Beteiligtsein entsteht, hat sich auch durch das seit einigen Jahren viel berufene politische Engagement, das durch die sogenannte Jugend- und Intellektuellenrevolte in Gang gesetzt wurde, nicht verbessert. Im Gegenteil! Denn hier entwickelte sich kein echtes Sachinteresse an unseren mikro- und makrosozialen Problemen. Hier geht es vielmehr überwiegend um einen globalen Gleichheits- und Freiheitsfanatismus, der häufig mit der Aufforderung zur Leistungsverweigerung unvereinbare Ziele gleichzeitig anstrebt. Es geht also um ein ideologisches Engagement, das intellektuellen und halbintellektuellen Gruppen dazu dient, ihre Ressentiments loszuwerden und selbst Macht gewinnen zu können.

Und damit komme ich auf die Zeitströmung zu sprechen, auf die Frage nach dem geistigen und moralischen Milieu, von dem m. E. in erster Linie abhängen wird, wie sich die Mitbestimmung in der Praxis auswirken muß. Denn, meine Damen und Herren, gerade hier gilt das Wort Walter Rathenaus: „Was hemmt und erstickt, sind nicht Menschen und Dinge, nicht bewußter Wille und aufzählbare Einrichtungen, sondern das, was zwischen Menschen und Dingen schwebt, scheinbar nicht zu fassen und doch mit jedem Atemzug empfunden: die geistige Atmosphäre.“

Die als Jugend- und Intellektuellenrevolte bezeichnete Zeiterscheinung, die allmählich eine Minderheit in allen Jahrgängen erfaßte, darüber hinaus immer mehr Mitläufer gewann und durchaus noch nicht — wie manche meinen — im Abflauen begriffen ist, sondern in entscheidenden gesellschaftlichen Bereichen erst jetzt voll zum Zuge kommt, wenn auch äußerlich abgedeckt durch sozialdemokratische Kanzlersolidarität, ökonomische Frustration und einen modisch konservativen Rückschlag, diese Revolte ist bisher überwiegend mißverstanden worden. Was drückt sie aus? Worauf ist sie Reaktion? Was ist mit uns geschehen, daß es zu dieser Reaktion gekommen ist, die so tut, als befänden wir uns mit unseren sozialen Verhältnissen noch im 19. Jahrhundert?

Vergleichen wir unsere gesellschaftliche Situation mit der des 19. Jahrhunderts, so läßt sich folgendes allgemein feststellen: Im vorigen Jahrhundert hatte die über Generationen noch ziemlich gleichbleibende Erlebniswelt großer sozialer Gruppen, die als Klassen bezeichnet wurden, dazu geführt, daß deren unterschiedliches Weltbild überwiegend aus der unterschiedlichen gesellschaftlichen Lage stammte. Demgegenüber hat sich heute die Identität von Klassenlage und Erlebnishorizont weitgehend verschoben. Vieles hat dazu beigetragen: Der Marxismus als Ersatzreligion ist für die Generation, die den Stalinismus miterlebt hat, entzaubert worden. Die Erinnerung mit bösem Gewissen an das „Dritte Reich“ hat einen Individualismus und Liberalismus gefördert, der zum egalitären Libertinismus auszuarten beginnt. Die allgemeine Steigerung des privaten Lebensstandards und der damit verbundene Wettstreit um einen Prestigekonsum sowie die langjährige Sicherheit vor Arbeitslosigkeit haben ein sachorientiertes Interesse für Politik eher erlahmen lassen als angefeuert. Infolge des ständig steigenden Lebensstandards wird diese Steigerung allmählich als selbstverständlich angesehen, und in dieser Hinsicht wird alles für möglich gehalten. Die Auflösung der Klasseninteressen in Gruppeninteressen einer pluralistischen Gesellschaft, in der die Gruppen in die verschiedenartigsten Frontenstellungen geraten können und in der organisierte Gruppen von Arbeitnehmern nicht selten in einer stärkeren Position sind als ihre direkten und indirekten sozialen Gegenspieler, hat die alten Klassegegensätze weitgehend verwischt. Nur ein vager Gegensatz zwischen oben und unten ist übriggeblieben, der allerdings häufig zu sehr fragwürdigen Solidarierungen führen kann. Und schließlich ist last not least die desorientierende Wirkung mancher Massenmedien zu nennen, die gerade dadurch besonders große Massenwirkungen erzielen, daß sie ihre Freiheit weniger zur Wahrheitsfindung als zur sensationellen Entstellung der Wirklichkeit benutzen. Alles dies hat die Erlebniswelt der verschiedenen Gruppen gerade durch ihre verwirrende Vielfältigkeit weitgehend angeglichen. Darüber gerieten selbst die großen Unterschiede im Einkommen und Vermögen aus dem Blickfeld; allerdings nur vorübergehend, denn es scheint in einer freiheitlichen Gesellschaft zwangsläufig zu sein, daß Einkommens- und Vermögensunterschiede um so mehr Ärger erregen und böses Gewissen schaffen, je höher schon der Massenkonsum angestiegen ist.

Andererseits haben das zunehmende Tempo der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung und die dadurch hervorgerufenen raschen Veränderungen der sozialen Umwelt zu größeren Unterschieden zwischen den Erlebniswelten der Generationen geführt. Die Folge ist, daß mit dem Lebensstil auch die Beurteilung sozialer und politischer Fragen durch 50- bis 60jährige Arbeiter, Unternehmer und Beamte weit mehr einander ähnelt als der Beurteilung durch ihre 25 bis 30 Jahre jüngeren Kinder. Dieses ist wohl der Hauptgrund für jenes Phänomen, das man überspitzt als „Klassenkampf der Generationen“ bezeichnet hat.

Mindestens ebenso wichtig ist aber noch etwas anderes geworden. Die mangelnde politische Allgemeinbildung und Erziehung und mit ihnen die fast völlig fehlenden Kenntnisse von den immer unübersichtlicher werdenden sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhängen haben zu einer wachsenden Unsicherheit bei der älteren Generation geführt. Gleichzeitig ist unsere traditionsfeindlicher werdende Gesellschaft immer stärker auf einen modischen Progressivismus eingeschworen, der jede Veränderung gleich Fortschritt setzt, ohne übersehen zu können oder zu wollen, welche Folgewirkungen die jeweiligen Veränderungen haben. So wird unsere pluralistische Gesellschaft permissiv, weil alles erlaubt oder alles möglich zu sein scheint. Darüber verlieren immer mehr Menschen jenen Common sense, der sie intuitiv unterscheiden läßt, was für ihre Existenz fortschrittlich oder schlechthin lebensgefährlich ist.

Zwar können wir uns in der Dynamik und Differenziertheit des sozialen Wandels nicht mehr allein mit Hilfe intuitiver Kräfte des gesunden Menschenverstandes orientieren, doch haben wir niemals dringender als heute dieses inneren Kompasses bedurft, um nicht bereits in unserem Urteil über die elementarsten Bedingungen des täglichen Zusammenlebens ständig in die Irre zu gehen. So ähneln wir immer mehr jenen Tieren, die, aus freier Wildbahn in Gefangenschaft geraten, ihren Instinkt verlieren und nicht einmal imstande sind, das für die Aufzucht der Jungen Notwendige im rechten Augenblick zu tun. Nicht zufällig werden von diesem Verlust eines „inneren Kompasses“ besonders Menschen mit einseitiger intellektueller Bildung betroffen, also nicht selten auch solche, denen Führungsaufgaben zufallen. Die berufliche Spezialisierung tut ein übriges. Wenn einseitig Intellekt trainiert wird, wenn Theorien über eine nur aus zweiter Hand erfahrene und häufig auch nur so erfahrbare Welt an die Stelle praktischer Auseinandersetzungen und unmittelbarer Beobachtungen treten, wenn dies besonders häufig gerade solche Menschen trifft, die schon von Natur aus schwach in ihren intuitiven Kräften sind und daher zu Intellekt und in Theoretisieren als Ersatzmittel ihre Zuflucht nehmen, dann entwickelt sich ein Typus mit Urteils- und Entscheidungsmängeln bei praktischen Fragen des menschlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens. Wunsch- und Angstdenken pflegen sich dann mit logischem Argumentationsvermögen zu einem destruktiv kritischen Rasonieren zu verbinden. Gerade dieser Typus muß auch bei der Erziehung seiner Kinder versagen.

Kein Wunder, daß es Intellektuellen und Halbintellektuellen der jüngeren Generation nicht besser geht, vor allem, wenn sie aus solchen kompaßlosen intellektuellen Elternhäusern stammen. Doch hindert das selbstverständlich nicht eine lautstarke Minderheit von ihr, gelegentlich bis zum Exzeß urteilsbereit zu sein. Dazu wird sie durch die Reaktionsunsicherheit der Alten geradezu legitimiert, vor allem aber auch dadurch, daß sich in unserer auf Genuß und Ausleben gerichteten, Altwerden und Tod nicht zur Kenntnis nehmenden Konsumgesellschaft eine Überbewertung des Jugendlichen schlechthin durchgesetzt hat. Wo die alten Jahrgänge am liebsten noch Teenager sein möchten,

können auch die Jungen keinen Ehrgeiz mehr entwickeln, erwachsen zu werden, d. h. Verantwortung mit ihren praktischen Konsequenzen zu übernehmen. Als 1967 in der Bundesrepublik mit den Studentenunruhen eine anarchistische Revolte begann, traf sie auf ein konzeptionsloses politisches Establishment, dem leicht einzureden war, daß sich die ungelösten Probleme am besten durch weitere Demokratisierung der Entscheidungen lösen ließen; wurden die Führungsgremien auf diese Weise doch aller Verantwortung enthoben. Sie brauchten sich nur erneut anzupassen und konnten damit ihr demokratisches Gewissen vor sich und der Welt unter Beweis stellen. Die Frage ist nur, wohin muß die Demokratisierung einer Gesellschaft führen, solange sie eben nicht aus mündigen Bürgern, sondern aus Egozentrikern besteht, zumal diese Welt inzwischen so kompliziert geworden ist, daß zielgerechte Entscheidungen nur durch durchsetzungsfähige politische Instanzen mit Hilfe von Expertenteams und nicht durch spontane Bürgerinitiativen getroffen werden können. So ist aus der wirtschaftsliberalistischen Freiheitseuphorie der fünfziger Jahre, die bereits den Staat diffamierte, ein linker, den heutigen Staat und die Marktwirtschaft gleichzeitig ablehnender Anarchismus erwachsen, der zunächst weniger unmittelbar die Wirtschaft als den „geistigen Überbau“, d. h. in unserem Fall Kunst und Literatur, Wissenschaft und Bildung betroffen hat und von dort aus langsam, aber sicher auch in das übrige öffentliche Leben, also in öffentliche Verwaltung und Gerichtswesen und schließlich in den ökonomischen Unterbau einsickert.

Vor einiger Zeit schrieb der ehemalige Staatssekretär im Kultusministerium von Nordrhein-Westfalen, der sozialdemokratische Mitbegründer des „Bundes Freiheit der Wissenschaft“, Hermann Lübke: „Die Strategie der Systemüberwindung beruht auf der richtigen Einsicht, daß die erfolgreiche Eroberung eines ideologischen Monopols in den genannten Bewußtseinsbildungsinstitutionen“ (gemeint sind Schulen, Hochschulen, Massenmedien, Literatur, Film, Theater) „das geeignete Mittel der Systemüberwindung ist, nachdem man die Erfahrung hat machen müssen, daß die Massen offensichtlich nicht mehr zu revolutionärer Aktivität zu bewegen sind. Die Zentren des staatlichen Monopols, auf die sich dem klassischen Revolutionsbegriff zufolge der revolutionäre Angriff zu konzentrieren hätte, sind nicht bedroht. Eine Revolution klassischer Art, das hat man gelernt, wäre, weil ohne Massenbasis, bis zur Evidenz hoffnungslos. Und genau das, aber nur das, ist beispielsweise der Grund der Distanzierung der Angehörigen der ideologisch radikalen Linken von den extremsten Randgruppen unserer bombenlegenden Stadtguerillas. Man distanziert sich von diesen Stadtguerillas nicht, weil man ihre Ziele ablehnt, sondern weil man ihre Mittel zur direkten Gewalt durchaus zutreffend für schlechterdings untaugliche Mittel hält. Die Strategie der Systemüberwindung ist nach einer Formulierung von Helmut Schelsky eine Strategie der Revolution auf leisen Sohlen. Das macht gelegentlich geneigt, die Systemüberwindung mit einer Politik der Reformen zu verwechseln.“ (Soweit Hermann Lübke.)

Wenn es dabei um reine Machtpolitik geht, mögen die heutigen Progressiven auf dem richtigen Wege sein. Sofern sie aber nicht nur von einer Zerstörungswut besessen sind, sondern als Revolutionäre tatsächlich „danach“ eine bessere Welt aufbauen wollen, begehen sie nur den kleinen Fehler zu übersehen, daß ihnen später gerade die für ihren Wiederaufbau erforderlichen Werte und Haltungen um so mehr fehlen werden, je radikaler ihnen der Abbau bei der Eroberung des öffentlichen Bewußtseins und ihrer persönlichen Macht gelungen ist. Denn es handelt sich dabei nicht in erster Linie um Werte und Haltungen aus einer „verrotteten kapitalistischen Welt“, sondern um solche, auf die jeder gesellschaftliche Zusammenhalt angewiesen ist.

Die zerstörerische Wirkung der in diesen Bereichen des geistigen Überbaus propagierten neuen Wertewelt stammt aus der Forderung nach Maximierung der individuellen Freiheit und Gleichheit.

Im ökonomischen Bereich liefert das Leitbild von der Antileistungsgesellschaft bei gleichzeitiger Maximierung individueller Ansprüche an Staat und Wirtschaft dafür das Beispiel. Drastisch formuliert: Man hält Staat und Wirtschaft für eine Art Wunderkuh, die beliebige Mengen von Milch zu erzeugen vermag, ohne überhaupt noch der Pflege und Fütterung zu bedürfen.

Nicht zufällig hat die Führung der Jungsozialisten nach der Regierungserklärung Willy Brandts 1973 am schärfsten gegen das Bekenntnis des damaligen Bundeskanzlers zur Leistungsgesellschaft protestiert. Denn ihre Chance, an die Macht zu kommen, liegt in der Möglichkeit, vor allem unerfahrene Jahrgänge glauben zu machen, daß es auf konkrete Leistungen nicht mehr ankomme, daß es nur noch darum ginge, durch mehr Mitbestimmung die alten Autoritäten als Kontrollorgane abzubauen und es sich bequem zu machen, ohne daß dies Konsequenzen für den künftigen Lebensstandard aller Beteiligten und die Bewältigung öffentlicher Aufgaben haben würde.

Gleichzeitig werden alle zur Solidarität mit allen sozial Schwachen und in Abhängigkeit befindlichen verpflichtet sowie zur Kritik an allen Unzulänglichkeiten dieser Welt, ob nun im nationalen oder internationalen Bereich. Was — wie ich noch aus eigener Erfahrung weiß — schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik deutlich wurde, tritt bei uns heute mit noch viel größerer Penetranz in Erscheinung. Die öffentliche Aufmerksamkeit konzentriert sich immer stärker auf soziale und asoziale Randgruppen, was sowohl geistig-psychische als auch finanzielle Energien in Anspruch nimmt, die uns nun fehlen, um das wirklich Notwendige für den Zusammenhalt und für die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft zu tun.

Wenn man seit 1967 in wachsendem Maße geneigt ist, emotionales Engagement von Minderheiten als ausreichenden Ersatz für sachgerechtes Engagement von Mehrheiten zu halten, so wird man weder jener Minderheit gerecht, die lautstark anarchistische Ansprüche erhebt, noch der destruktiven Wirkung solcher Forderungen auf die schweigende unpolitische Mehrheit. Denn jene kritische Minderheit pflegt die Pflicht, eine Verantwortlichkeit für alles zu

übernehmen, mit dem Recht zu verbinden, sich im persönlichen Bereich den Pflichten und der Beachtung geltender Spielregeln um jener höheren kritischen Verantwortung willen entziehen zu dürfen. Dies kann dann jeder nach eigenem Gutdünken, nach eigener Bequemlichkeit und Neigung auslegen. Auf diese Weise müssen aber alle Verantwortlichkeiten verschwinden oder sich verwischen. Und es bietet sich die Koalition zwischen den radikalen Ideologen und den unpolitischen Faulen oder Anspruchsvollen an, was keiner Gesellschaft bekömmlich ist.

Bei der Orientierungslosigkeit und dem Passivismus der „schweigenden Mehrheit“ muß die Intensivierung der Mitbestimmung und ihre Erweiterung auf alle Schulen, Behörden, Unternehmungen, Parteien und Verbände dazu führen, daß die Ordnungs- und Entscheidungsprozesse immer unübersichtlicher verlaufen und daß eine total demokratisierte Gesellschaft nun ein leicht zugängliches Aktionsfeld für autoritär und zentralistisch geführte Organisationen und Bünde werden kann. Es wäre denkbar, daß solche Organisationen durch ihre gezielt und arbeitsteilig eingesetzten Mitglieder dominierenden Einfluß — gewissermaßen als Staat im Staate — auf alle Institutionen gewinnen und das um so mehr, je weniger Interesse die übrigen Beteiligten an der Wahrnehmung ihrer Mitbestimmungsrechte zeigen und je uneiniger sie untereinander sind. Das Beispiel der Hochschulen hat es gelehrt. Auf diese Weise könnten Minderheiten ihre totale Machtergreifung von unten vorbereiten. Dabei werden zunächst Minderheiten mit linksfaschistischen Argumenten so lange die größeren Erfolgsaussichten haben, als sie das zu entthronende Establishment noch mit antifaschistischen Diffamierungen treffen und lähmen können. Sobald aber die letzten ehemaligen Hitlerjungen aus den Führungsgruppen verschwunden wären, hätte auch ein Rechtsfaschismus wieder seine Chancen.

Daß es sich bei der anarchistischen Zeitströmung von heute um einen destruktiven Irrationalismus gegen praktisch zu bewältigende gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme und nicht um konstruktiv rationale Auseinandersetzungen handelt, ergibt sich aus der Diffamierung von Leistung und Leistungsgesellschaft. Daß Staat und Wirtschaft in ihren Leistungen z. T. auf fragwürdige Ziele ausgerichtet waren und sind, ist eine Sache, die sicherlich der Erörterung und Korrektur bedarf. Zum Status quo ante, der sozialen Marktwirtschaft von anno dazumal, sollten wir bestimmt nicht mehr zurückkehren wollen. Daß aber gerade die erforderlichen Korrekturen vom einzelnen wie von der Gesamtheit und von der Funktionsfähigkeit unserer Ordnung weit eher mehr als weniger Leistung verlangen müssen (will sagen: mehr Anstrengung, mehr Disziplin, mehr Fähigkeit zur Übereinkunft, aber sicherlich am allerwenigsten mehr Bereitschaft zum Konflikt um des Konfliktes oder des eigenen Vorteils willen), das sollte auch denjenigen ohne weiteres plausibel sein, die wenig von den Zusammenhängen unserer arbeitsteiligen Wirtschaftsgesellschaft verstehen.

Infolge dieser irrationalen Reaktionsweise bekommt nun auch die Mitbestimmung eine problematisch leistungsfeindliche Schlagseite. Da der Gruppen-

solidarismus heute fast ausschließlich auf einen vagen Solidarismus „mit unten“ und „gegen oben“ hinausläuft, kommt es zu neuartigen Pseudoklassenkampf-situationen und in Verbindung mit ihnen zu einem neuen pervertierten Leistungsmaßstab. Leistung wird dann gemessen an der Solidarisierungsbereitschaft und am Solidarisierungseffekt, wozu kaum differenzierte individuelle Fähigkeiten erforderlich sind. Im Gegenteil! Da dieser Solidarismus mit der Leistungsschwäche der einzelnen Gruppenmitglieder wächst (denn je leistungsschwächer ich bin, desto stärker bin ich auf Solidarisierung angewiesen und also auch zur Solidarisierung bereit), so kommt hier ein Prozeß in Gang, der für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit unserer Gesellschaft nur abträglich sein kann.

Dieser Prozeß wird begleitet von einer bezeichnend einseitigen Diffamierung von Macht und Machtmißbrauch. Existenz und Einsatz von Macht werden nicht mehr, wie es sich für eine Leistungsgesellschaft gehört, dort für berechtigt gehalten, wo gesellschaftliche Funktionen wahrzunehmen sind, und dort für unberechtigt angesehen, wo sie für solche Funktionen bedeutungslos sind oder gar ihre Wahrnehmung verhindern. Entscheidend ist heute allein, ob Macht für meist nur kurzfristig gesehene Interessen schwacher Gruppen verwendet wird bzw. ob sie, wie bei den studentischen Terroraktionen, gegen alte Ordnungsmächte eingesetzt wird. Nur dann ist sie berechtigt. So wird aus Angst oder Abscheu vor der Macht der alten Machthaber die Gestaltungsmacht immer weiter abgebaut und die Freiheit der scheinbar Ohnmächtigen und daher Verantwortungslosen zu einer „verantwortungslosen Gesellschaft“ ausgeweitet, zu einer Gesellschaft, in der infolge ihrer Vollbeschäftigung mit Gruppenkämpfen nicht mehr existenzwichtige Entscheidungen getroffen werden können und in der auf der notwendigen Leistungs- und Funktionserfüllung niemand mehr besteht.

Für solche gegen jede Kontrolle gerichteten Solidarisierungen aus Bequemlichkeit wird die Anfälligkeit auch bei älteren Jahrgängen der schweigenden Mehrheit zunehmen müssen; denn wie soll auf die Dauer selbst das einfache Gemüt eines Bundesbürgers, der sich für Politik nicht interessiert und dementsprechend politischen Sendungen oder Meldungen und Kommentaren ausweicht, gegen solche Vorstellungen wehren, wenn er heute tagtäglich in Unterhaltungsfilm, Theaterstücken und Krimis immer dasselbe in einseitig überspitzter Form vorgesetzt bekommt: die Diffamierung der Reichen und Mächtigen, die Heroisierung aller Revoltierer, die Verunglimpfung von Ordnungsgewalten und die Beschönigung aller asozialen Naturen. In einer solchen geistigen Atmosphäre ist dann die neomarxistische Wiedergeburt alter Klassenkampftheorie nicht auf Wirklichkeitsnähe und rationale Überzeugungskraft, sondern auf ihre irrationale Anziehungskraft zurückzuführen. Solche Theorien entsprechen heute nicht nur dem Oppositionsgeist von Teenagern und sich links gebenden Intellektuellen, sondern zunehmend auch den Freiheits- und Bequemlichkeitsvorstellungen übersättigter Wohlstandsbürger. Sie haben durchaus Chancen, durch ständiges

Wiederholen auch bei älteren Jahrgängen anzukommen. Gerade Menschen einer saturierten Gesellschaft, die selbst an individuelle Einkommens- und Freiheitsmaximierung im kleinen gewöhnt sind, nehmen es übel, daß mit dem Wachstum der Wirtschaft ihr persönliches Wohlergehen davon abhängig wird, ob private Unternehmungen und ihre Inhaber genügend Profit machen und weit mehr Reichtümer anhäufen können, als ihnen, den Kritikern selbst, möglich ist. Gerade sie werden dann neidisch und damit anfällig für ein neues „Opium des Volkes“.

Das Argument, die „kapitalistischen“ Wirtschaftssysteme des Westens hätten bei allen Vermögensunterschieden auch den unteren Einkommensschichten bisher immer noch den vergleichsweise höchsten Lebensstandard ermöglicht, klingt dann nur noch nach billigen Rechtfertigungsversuchen der Begüterten, ganz besonders, wenn dem Staat Hunderte von Milliarden fehlen, um dem notwendigen Nachholbedarf an öffentlichen Investitionen entsprechen zu können und wenn dafür auch die ärmeren Schichten früher oder später herangezogen werden müssen. Um die politische Propagierung eines zusätzlichen vermögenswirksamen Einkommens für die breite Masse unter dem Schlagwort „Volkskapitalismus“ oder „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ steht es nicht besser; denn es kann auf die Dauer nicht verheimlicht werden, daß es sich hier doch nur um „Tropfen auf heiße Steine der Begehrlichkeit“ handeln und faktisch für die wirtschaftliche Lage der unteren Einkommensschichten nur von drittrangiger Bedeutung sein kann.

Wie aufnahmebereit die Mentalität der Wirtschaftsbürger für klassenkämpferische Versprechungen geworden ist, läßt sich aus der Reaktion auf solche Behauptungen erkennen, wie: Man würde genug Geld zur Finanzierung aller Reformen haben, wenn man nur den Reichen das Vermögen wegnähme, oder: Man könne die Beseitigung der Umweltverschmutzung allein der Industrie aufbürden, ohne daß dadurch der Lebensstandard der Bevölkerung über Preis- oder Steuererhöhung in Mitleidenschaft gezogen werden müßte, oder: Man könne auch bei stagnierendem Wirtschaftswachstum Löhne und Gehälter wie früher weiter erhöhen. Eine irrealer Annahme, nach der die Gewerkschaften bereits seit einiger Zeit Lohnpolitik betreiben.

Schon in den vierziger Jahren hat Joseph Schumpeter darauf aufmerksam gemacht, daß die größte Gefahr, die demokratischen kapitalistischen Gesellschaften des Westens droht, von dem Autoritätsverlust ihrer politischen und wirtschaftlichen Führung herrührt. Selbst in einer betont unheroischen Zeit wie der unseren schafft Reichtumsanhäufung kein Ansehen, das Belastungen trägt. Und Politikern, die allzu häufig darauf aus sind, ihren Wählern zum Munde zu reden, um sich ihre Posten zu sichern, und nebenbei noch bemüht sind, sich zusätzliche wirtschaftliche Pfründe zu verschaffen, geht es nicht besser. Sie bringen sich selbst und „ihr System“, das sie vertreten, in Verruf und geraten verstärkt unter Beschuß jener Intellektuellen, die inzwischen kritische Dialektik als wirkungsvolles Machtmittel erkannt haben. In der

Gesellschaft geschieht dasselbe wie im intellektuellen und begüterten Elternhaus. Die Unfähigkeit der Etablierten und der Eltern, ihre Führungs- und Erziehungsaufgabe zu erfüllen, bringt die Rebellion mit sich, ohne daß die „Rebellen ohne Programm“ (Kennan) und Kompaß selbst einen konstruktiven Ausweg wissen.

Schwindender Gemeinsinn, geringes politisches Sachinteresse und mangelndes soziales Realitätsbewußtsein sind darum die Folgen einer allgemeinen Kommerzialisierung des öffentlichen Lebens, weil die private partielle Denkweise, zu welcher die kommerzialistisch betriebene Marktwirtschaft verführt, dann auch in jene Bereiche vordringt, denen gesellschaftlich wichtige Informations- und Entscheidungsfunktionen zufallen. Das sind vor allem Politik, Massenmedien, Bildung, Literatur und Wissenschaft. Im wirtschaftlichen Bereich hat sich die kommerzielle Methode bisher noch immer als der erfolgreichste Weg zur Deckung privaten Bedarfs erwiesen, auf jeden Fall, solange der Staat ausreichend Autorität besitzt, Unzulänglichkeiten marktwirtschaftlicher Steuerung auszugleichen. Entgegen der Marxschen Theorie droht dem kapitalistischen System — wie Schumpeter schon vor 30 Jahren dargelegt hat — ernsthafte Gefahr nicht direkt aus dem wirtschaftlichen Bereich, sondern aus seinen Saturiertheit schaffenden Erfolgen und vor allem aus dem geistigen Überbau.

Selbst die Einseitigkeiten in der privaten Einkommensverteilung, sofern sie wirklich dem Marktmechanismus und nicht der unzulänglichen staatlichen Einkommenspolitik, insbesondere dem Steuersystem, zur Last zu legen sind, blieben als Schönheitsfehler eines marktwirtschaftlichen Systems erträglich, wenn nicht von ihnen gerade bei steigendem privatem Wohlstand bedenkliche sozialpsychologische Wirkungen ausgehen würden. Auch in unserer modernen außengeleiteten Wirtschaftsgesellschaft, die nicht mehr von einer einheitlichen Weltanschauung durchdrungen ist, sondern sich zu einem diffusen Pluralismus bekennt, bestimmen — wie in jeder Gesellschaft — Eliten, d. h. beispielgebende Minderheiten, den Lebensstil und prägen durch ihr Verhalten das Verhalten der Massen. In einer egalitären Konsumgesellschaft wie der unseren waren dies bisher die Konsum- und Einkommenseliten. Sie geben das Beispiel, dem die unteren Einkommenschichten nacheifern. Die Suggestivwerbung tut das übrige. Und mit den Wünschen wachsen neidvolle Ansprüche. Kein Zweifel, die Zeit des asketischen Kapitalismus ist längst vorbei. Das demoralisierende Playboy-Vorbild des Dolce vita und des Dolce far niente ist von den bürgerlichen Schichten geliefert worden und wird immer von neuem und noch wirkungsvoller von den Massenmedien, von Film, Fernsehen und von Illustrierten nachgeliefert. Die Folgen sind unvermeidlich.

Doch wäre es sicherlich falsch, wozu gerade manche ideologisch fixierten Mitbestimmungsmaximierer zu neigen scheinen, heute daraus die Folgerung zu ziehen, eine simple Rückkehr zum antikapitalistischen Ordnungsbild des klassischen Sozialismus (sprich Marxismus), selbst in seiner staatsautoritären

Variante, würde uns aus diesem Dilemma helfen. Wenn dadurch der geistige und soziale Zerfall wirklich gestoppt werden könnte, würden andere Barbarismen die Folgen sein.

An der Höhe der Masseneinkommen würde dadurch auf jeden Fall nichts verbessert werden. Denn nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel stünde ja nicht das gesamte Einkommen der „Kapitalisten“ den Arbeitnehmern zusätzlich für den Konsum zur Verfügung, sondern allenfalls das, was die „Kapitalisten“ selbst konsumiert hätten. An ihrer Stelle müßten nun Staat und Kommunen das sparen, wozu die Arbeitnehmerschaft von sich aus nicht bereit wäre. Nach wie vor müßten überdies gewisse Einkommensunterschiede als Leistungsanreize und Lenkungsmittel erhalten bleiben; sonst bestünde die Gefahr, daß bei allzu stark nivellierter Einkommensverteilung der bereits angeschlagene Leistungswille noch weiter schwinden würde.

Gerade für vergesellschaftete Unternehmen würde das gelten, was ich vorhin über öffentliche Unternehmungen und Behörden gesagt habe. Der Zwang zur Mitverantwortung für das gemeinsame Leistungsergebnis würde sich hier verringern. Und die Hoffnung, daß Leistungswille und -fähigkeit von selbst wieder da wären, wenn nur erst die Vermögens- und Einkommensunterschiede radikal beseitigt wären, geht von der irrtümlichen Annahme aus, daß der Leistungsschwund von heute direkt auf diese Unterschiede und nicht auf die scheinbare Selbstverständlichkeit des Wohlstandes zurückzuführen ist. Es wäre aber niemandem damit gedient, wenn zwar egalere verteilt würde, aber nun alle oder doch die meisten weniger als zuvor hätten, es sei denn, man ist der Meinung, wir Menschen bedürften immer erst der Not, um eines Besseren belehrt zu werden.

III. Gewerkschaften in der Zeitströmung

Selbstverständlich sind auch die Gewerkschaften von dieser Entwicklung des Zeitgeistes nicht unberührt geblieben. Alles, was ich über Führungsschwäche und ideologische Unterwanderung angedeutet habe, gilt auch für sie und vielleicht besonders für sie. So wie sie in den fünfziger Jahren in den marktwirtschaftlichen Sog gerieten und nicht umhin konnten, sich von dem unwiderstehlichen Hang zur Steigerung des privaten Massenkonsums erfassen zu lassen, so ist es nunmehr die linksintellektuelle Zeitströmung, die sie auf Klassenkampf und Systemwandel zutreibt.

Es ist nicht zufällig, daß sich im Gewerkschaftslager die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft an die Spitze dieser ideologischen Entwicklung gesetzt hat und daß die anderen Gewerkschaften, neuerdings z. B. die Gewerkschaft Druck und Papier, den Aktivitäten ihrer intellektuellen Schwestergesellschaft, die nicht selten eine kommunistische Schlagseite zeigte, nachzueifern suchen. Doch kommt dieses linksintellektuelle, häufig neomarxistische Engagement über eine unfruchtbare antiautoritäre Haltung gegenüber dem Sozialpartner und dem Staat selten hinaus. Mit den unrealistischen Leitbildern von der Bildungs- und

Antileistungsgesellschaft hat zunächst die GEW gleichzeitig Ansprüche stimuliert und Leistungsbereitschaft diffamiert. Dadurch wird schon heute in der Schule die Neigung zu wilden Streiks vorbereitet. Man sehe sich einmal den neomarxistischen Gemeinschaftskunde-Unterricht in manchen Schulen an, der selbst unter Kultusministern der CDU Platz gegriffen hat. Um wieviel stärker wird dies einmal sein, wenn unsere verfehlten Bildungsreformen ein überzähliges Akademikerproletariat geschaffen haben sollten, ein Akademikerproletariat, das sich dann durch politische Radikalisierung für die persönliche Fehlleitung rächt. Aus vielen Gesprächen, die ich mit Praktikern aus der Front der Sozialarbeit im Betriebe führen konnte, darunter mit manchen ehemaligen Schülern, weiß ich sehr wohl, wie hart der Kampf ist, den dort Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte gegen Radikale führen müssen. Da aber anarchistische und kommunistische Linksprogressive vorgeben, im Namen und im Interesse der Arbeiter zu sprechen, geraten Gewerkschaftler leicht in die Gefahr, als Kapitalistenknechte zu erscheinen. Sie werden dadurch verleitet, sich selbst wider besseres Wissen zu Wortführern mit klassenkämpferischen Parolen und übersteigerten Forderungen zu machen. Wollen sie dabei aber ein gutes Gewissen behalten, so bleibt ihnen unter der Wirkung ihrer zunächst nur taktisch gemeinten Ideologie schließlich nichts anderes übrig, als sich selbst einzureden, daß es im Grunde nicht darauf ankomme, „unser System“ in seiner Existenz und Leistungsfähigkeit zu erhalten oder zu verbessern, sondern es zu überwinden. Anders läßt sich das Verhalten vieler Gewerkschaftsbosse auf Verbandstagen und Kongressen nicht erklären. So, wenn die DGB-Führung mit Recht von unserer sich auflösenden Gesellschaft spricht, aber nicht merkt, daß sie und ihre Kollegen bei den Industriegewerkschaften selbst durch ihre überspitzten Polemiken diese Entwicklung nur fördern, etwa wenn man das Wort „Sozialpartnerschaft“ in Zweifel zu ziehen beginnt, oder wenn die IG Metall ihre Sozialpartner am liebsten völlig entmachten möchte und nicht bedenkt, daß auch ihre eigene Führung, falls z. B. die Aussperrung verboten würde, extremen Forderungen ihrer Radikalen völlig ausgeliefert wäre.

Auch Gewerkschaftsführer, die als Neugestalter der Sozialordnung in die Geschichte eingehen möchten, sollten wissen, daß es für eine solche Aufgabe nicht genügt, die erforderliche Macht zu erobern. Zum Kairos, d. h. zum Augenblick der wesentlichen Entscheidung für etwas Neues, welches Zeit Wendendes möglich macht, gehört mehr als die Machtergreifung. Die Menschen müssen dafür reif sein; sie sind es heute aber weniger denn je, sowohl die Masse der Geführten als auch jene neomarxistischen Minderheiten, die glauben, daß der Zeitgeist als Erfüllungsgehilfe des Weltgeistes ihnen schon den rechten Weg weisen wird.

IV. Zusammenfassung und Ergebnis

Fassen wir zusammen: Von einer Tendenzwende der anarchistischen Zeitströmung kann noch lange nicht die Rede sein. Es könnte davon erst ge-

sprochen werden, wenn Leute wie Böll, Merseburger und Gollwitzer keine maßgeblichen Zuhörer mehr fänden, wenn man also bereit wäre, von allen nihilistischen und utopischen Vorstellungen zu lassen, die Realitäten zu akzeptieren und dem Staate wieder zu geben, was des Staates ist.

Weil mir dies ein wichtiger Zusammenhang zu sein scheint, betone ich nochmals: Aus der ökonomistischen Freiheitseuphorie der fünfziger Jahre, aus der heraus bereits im Namen der „Sozialen Marktwirtschaft“ der Staat diffamiert wurde, hat sich inzwischen ein Anarchismus entwickelt, der nun gleichzeitig Staat und Marktwirtschaft ablehnt und die Selbstverwirklichung des einzelnen propagiert; dies im Sinne einer Emanzipation von jedem Verzichtemüssen und von jeder Ein- und Unterordnungsverpflichtung. Ein solcher übersteigerter Individualismus müßte darum die Folge einer kommerzialistisch betriebenen Marktwirtschaft sein, weil ein Kommerzialisismus ohne eine wirksame Erziehung zum Gemeinsinn und zum Verständnis für die Funktionsbedingungen arbeitsteiliger Wirtschaftsgesellschaften zu einer rein privaten, partiellen Denkweise verführt. Eine solche Mentalität dringt dann auch in jene Bereiche des „geistigen Überbaus“ vor, denen wichtige Funktionen der Information und der Bewußtseinsbildung zufallen. Von dort aus wirken anarchistische Vorstellungen in das öffentliche Leben und schließlich über Mitbestimmungsrechte in den „ökonomischen Unterbau“ zurück. Mit diesem Mentalitätswandel, der sich für die überwältigende Mehrheit unbemerkt vollzieht, werden Konflikte um des Konfliktes und des eigenen kurzfristigen Vorteils willen gefördert und Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zu gemeinsamen Anstrengungen zum Verschwinden gebracht.

Dieser Prozeß der Entrationalisierung des Gesellschaftslebens hat bei uns bisher noch keine geradezu katastrophalen Folgen gehabt, weil seine Auswirkungen zunächst nur langsam in Erscheinung traten und bisher noch durch beständiges Wirtschaftswachstum abgemildert wurden. Andererseits hat aber gerade die anhaltende Prosperität der Wirtschaft die Entrationalisierungstendenzen nicht abgebremst, sondern gefördert, indem sie zu einem unrealistischen Fortschrittsglauben ermunterte und bei Parteien und Verbänden einem machtopportunistischen Zweckoptimismus ungestraft Raum ließ. Was daraus wird, wenn der anarchistische Entrationalisierungsprozeß fortschreitet und in Verbindung mit einer Weltwirtschaftskrise auf unseren Lebensstandard zurückschlägt, ist eine Frage, die im Hinblick auf Erfahrungen in England und Italien zu Besorgnis Anlaß gibt.

Daß wir im Vergleich zu den wirtschaftlichen und innenpolitischen Verhältnissen anderer westlicher Länder heute noch relativ günstig abschneiden, ist ein schlechter Trost. Dafür ist unser ökonomisches und politisches Schicksal zu eng mit dem Wohlergehen dieser Länder, wie überhaupt mit der Entwicklung von Weltwirtschaft und Weltpolitik verknüpft.

Zwar wären die Probleme einer Weltwirtschaftskrise technisch heute sehr viel leichter als in den dreißiger Jahren zu lösen, da man die dafür erforderlichen

organisatorischen Mittel besser als damals kennt. Nur ist deren Anwendbarkeit dadurch in Frage gestellt, daß der anarchistische Zeitgeist inzwischen „Führungsschwäche“ und „Abbau der Staatsgewalt“ zu weltweiten Problemen hat werden lassen. Was nutzen internationale Abmachungen, wenn sie viele Regierungen im eigenen Lande nicht mehr durchsetzen können?

Auch die internationalen Beziehungen werden von Illusionen beherrscht, die gerade das verhindern, worauf sie abzielen. Auch hier werden im Namen eines egalitären Humanitarismus allen Menschen und Völkern gleiche Ansprüche auf Wohlstand zugestanden, ganz gleich, ob die Voraussetzungen dafür gegeben sind und ob die Menschen und Völker selbst überhaupt bereit sind, die dafür erforderlichen Voraussetzungen anzuerkennen und auf sich zu nehmen. Internationale Erfahrungen mit der Entwicklungshilfe und Vorgänge in der UNO liefern dafür eindrucksvolle Beispiele.

Es sieht so aus, als ob aus lauter Angst vor der Macht der Mächtigen überall deren Gestaltungsmacht so weit abgebaut und die Freiheit der Ohnmächtigen und daher Verantwortungslosen so sehr zu einer „verantwortungslosen Weltgesellschaft“ ausgeweitet wird, daß niemand mehr in der Lage ist, existenzwichtige Entscheidungen zu treffen. Auf jeden Fall gilt dies für die westliche Welt und jene Entwicklungsländer, die nicht das Machtmittel Öl besitzen. Die sich am Horizont abzeichnende Weltwirtschaftskrise ist daher eine Weltgesellschaftskrise. Sie wird nur durch eine Tendenzwende zu verhindern sein, die zu der Einsicht führt, daß bei einem Konflikt zwischen „law and order“ und „egalitärer Freiheit“ im Interesse aller der Ordnung der Vorzug gegeben werden muß. Bleibt diese Einsicht aus, so wird eines Tages für das Urteil der Marxisten über die Zukunft des Kapitalismus dasselbe gelten, was Friedrich Hebbel vom moralischen Urteil der Spießbürger sagte: Sie haben recht, nur nicht in den Gründen.

Die Gewerkschaften — und ich fürchte auch ein großer Teil ihrer Sozialpartner — nehmen diese Entwicklung nicht zur Kenntnis, und die Bundesregierung fängt erstmals unter dem Bundeskanzler Helmut Schmidt an, es anzudeuten: Das zukünftige Wachstum unserer Wirtschaft ist unter solchen Verhältnissen völlig ungewiß. Mit Stagnation, ja mit Schrumpfung muß als möglich gerechnet werden. Und vielleicht nicht nur für eine kurze Übergangsphase. Ein pragmatischer Bundeskanzler ist vollauf damit beschäftigt, mit aller Vorsicht solche Aussichten einem öffentlichen Bewußtsein nahezubringen, ohne daß es aus einem seit Jahrzehnten genährten unrealistischen Optimismus in einen nihilistisch-passiven Pessimismus umschlägt. Man kann nur hoffen, daß er weder innerhalb noch außerhalb seiner Partei von oppositionellen Kräften daran gehindert wird.

Wichtig allein ist, aus der Konfliktmaximierung und Polarisierung herauszukommen. Wie das möglich ist, wäre ein Thema, ja ein Themenkomplex für sich, obwohl die bisherigen Darlegungen bereits wichtige Ansätze einer Kurskorrektur enthalten. Für unser Thema kann abschließend lediglich konstatiert werden:

Solange wir nicht aus der polarisierenden Alternative Unternehmer- oder Gewerkschaftsstaat herausfinden, solange wir nicht begreifen, daß das Problem, um das man in der modernen Gesellschaft ewig bemüht sein muß, die Konfliktminimierung und nicht die Konfliktmaximierung ist, solange wir nicht erkennen, wie ungewiß unser heutiger Lebensstandard geworden ist, solange wir nicht zu einer selbstverständlichen Leistung und Verantwortungsbereitschaft, d. h. nicht zuletzt auch zu einer Verzichtbereitschaft zurückgefunden haben, so lange hat auch die Mitbestimmung keine Chance, zu funktionieren und dadurch zu einem gesellschaftlich stabilisierenden Faktor zu werden. Die Idee der Mitbestimmung muß dann zwangsläufig daran scheitern, daß die praktischen Aufgaben, vor die uns das nächste Jahrzehnt stellt, nicht bewältigt werden können. Damit dürfte sich die Mitbestimmung dann nicht als die große Idee des 20. Jahrhunderts, sondern als die große säkulare Fehlleistung erweisen, möglicherweise sogar als ein Vehikel für etwas ganz anderes, nämlich für ihr Gegenteil.

Dies war kein Abgesang für die Mitbestimmung, sondern die Beschwörung an alle, sich in letzter Minute eines Besseren zu besinnen.